

## A n t w o r t

### des Ministeriums für Bildung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Bettina Brück, Alexander Fuhr und Johannes Klomann (SPD)  
– Drucksache 17/3924 –

### Zweiter Runder Tisch zu MINT-Fächern

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/3924 – vom 25. August 2017 hat folgenden Wortlaut:

Am 22. August 2017 findet der zweite von Bildungsministerin Dr. Hubig initiierte Runde Tisch zur Förderung von Kindern und Jugendlichen im Bereich „MINT“ (Mathematik-Informatik-Naturwissenschaften-Technik) statt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wer hat an dem Runden Tisch teilgenommen?
2. Was sind die Ergebnisse des Treffens?
3. Welche nächsten Schritte des „Runden Tisches MINT“ sind geplant?
4. Hat die Landesregierung am Girls' Day teilgenommen?

Das **Ministerium für Bildung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 15. September 2017 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Das Ministerium für Bildung hat im Herbst 2016 die MINT-Initiative gestartet. Auftakt bildete der erste Runde Tisch „MINT“ am 22. November 2016. Dieser hatte den Auftrag, eine Gesamtstrategie für eine passgenaue MINT-Förderung entlang der Bildungskette für alle Regionen in Rheinland-Pfalz zu entwickeln. Kinder und Jugendliche sollen frühzeitig und nachhaltig für MINT begeistert werden, mehr Jugendliche und insbesondere Mädchen sollen für MINT-Berufe oder Studiengänge gewonnen sowie Einblicke in die Praxis ermöglicht werden. Der Runde Tisch hat verschiedene Handlungsfelder identifiziert (s. Antwort zu Frage 2) und in der Folgezeit in Workshops und Arbeitsgruppen die Themen erarbeitet.

Ein zweiter Runder Tisch hat am 22. August 2017 stattgefunden. Dort wurden die Ergebnisse und Zwischenstände präsentiert und das weitere Vorgehen vereinbart.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Runde Tisch „MINT“ setzt sich aus den Partnern des Ovalen Tisches zur Fachkräftesicherung zusammen. Zu diesem gehören die Staatskanzlei, das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, das Ministerium für Bildung und das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit, die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die Landwirtschaftskammer, die Landesvereinigung Unternehmerverbände, der Landesverband der Freien Berufe Rheinland-Pfalz e. V., der Einzelhandelsverband, der Hotel- und Gaststättenverband, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) sowie die Gewerkschaften IG Metall und ver.di.

Außerdem beteiligen sich Vertreterinnen und Vertreter des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, aus Kommunen und Regionen, der Schulen, der Landesschülerinnen- und Landesschülervertretung, des Landeselternbeirats, der Hochschulen, der Schulaufsicht, des Pädagogischen Landesinstituts, der Chemieverbände, der Metall- und Elektroverbände, des Deutschen Vereins zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts e. V. (MNU), von Stiftungen wie dem „Haus der kleinen Forscher“ oder „Pfalzmetall“ und der Transferagentur Rheinland-Pfalz-Saarland am Runden Tisch „MINT“.

Zu Frage 2:

Der erste Runde Tisch „MINT“ vom November 2016 hat konkrete Handlungsfelder vereinbart. Dazu gehören:

- Die systematische Erfassung der MINT-Aktivitäten aller Partner in Rheinland-Pfalz – von der Kita, über Schule, Ausbildung und Studium bis in die Betriebe. So können die Angebote besser verzahnt, Partner mit den Kitas und Schulen vernetzt und Synergien geschaffen werden.
- Die Entwicklung von MINT-Regionen, in denen die unterschiedlichen Akteure vor Ort – Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschungsinstitute, Unternehmen und Verbände, Stiftungen und Vereine, Politik und Verwaltung – ihre Aktivitäten zur MINT-Nachwuchsförderung koordinieren.
- Die Vernetzung der Angebote entlang der Bildungskette zwischen den verschiedenen Partnern und zwischen den verschiedenen Schularten, um die Übergänge zwischen den Bildungsabschnitten zu verbessern.
- Die Einbindung der Eltern als den wichtigsten Beraterinnen und Beratern ihrer Kinder sowie die Weiterentwicklung von Paten- und Mentoringsystemen mit den Hochschulen, Betrieben und anderen Partnern.

Weiterhin soll in allen Handlungsfeldern als Querschnittsaufgabe sichergestellt werden, dass Mädchen sich angesprochen fühlen, Lehrkräfte Unterstützung durch die Partner erhalten und die Möglichkeiten, welche die Digitalisierung bietet, mitgedacht und berücksichtigt werden.

Zu Frage 3:

Als nächste Schritte hat der zweite Runde Tisch auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeitsgruppen Folgendes vereinbart:

Die Entwicklung von MINT-Regionen soll in den Jahren 2018 bis 2021 in Form eines MINT-Regionen-Förderwettbewerbs unterstützt und durch eine neu gegründete MINT-Geschäftsstelle begleitet werden.

MINT-Regionen zeichnen sich dadurch aus, dass die unterschiedlichen Akteure einer Region – Kitas und Schulen, Hochschulen und Forschungsinstitute, Unternehmen und Verbände, Politik und Verwaltung, Stiftungen und Vereine – ihre Aktivitäten zur Nachwuchsförderung und Fachkräftesicherung koordinieren und gemeinsam weiterentwickeln. Im Idealfall entsteht so eine konsistente, die gesamte Bildungskette umfassende MINT-Förderung, die optimal auf die regionalen Bedarfe abgestimmt ist.

Aufgabe der MINT-Geschäftsstelle wird die Erstellung, Vermarktung und Durchführung des MINT-Regionen-Förderwettbewerbs, die Begleitung, Beratung und Steuerung der MINT-Regionen, die im Förderwettbewerb ausgewählt werden, sowie der Wissens- und Erfahrungstransfer auf neue MINT-Regionen sein. Im Wettbewerb erfolgreiche MINT-Regionen erhalten eine Anschubfinanzierung (in Höhe von 30 000 Euro) verteilt auf zwei Jahre.

Die für die Finanzierung des Förderwettbewerbs und der MINT-Geschäftsstelle erforderlichen Kosten in Höhe von 180 000 Euro pro Jahr werden zu gleichen Teilen von dem Ministerium für Bildung (Federführung), dem Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur sowie dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau getragen.

Die Entwicklung von MINT-Regionen wird als besonders wirksam und nachhaltig angesehen, da sich so weitere Handlungsfelder der MINT-Initiative zusammenführen lassen. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise folgende weitere Maßnahmen zur Stärkung des MINT-Bereichs vorgesehen:

- die Darstellung der rheinland-pfälzischen MINT-Angebote in einer Datenbank und die Bereitstellung der Datenbank auf einer neuen MINT-Seite auf dem rheinland-pfälzischen Bildungsserver, die im Oktober 2017 freigeschaltet wird; dort wird es möglich sein, sich rund um das Thema MINT in Rheinland-Pfalz und über die Maßnahmen der MINT-Initiative zu informieren,
- die Stärkung des Technik-Bereiches an Grundschulen und weiterführenden Schulen durch das Bereitstellen von fortbildungsbegleiteten Technikboxen in einem Gesamtvolumen von 160 000 Euro,
- die Einführung eines MINT-Zertifikats für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I, um besondere außerschulische MINT-Aktivitäten zu würdigen und Schülerinnen und Schüler für ein besonderes Engagement im MINT-Bereich zu motivieren,
- die Schaffung einer zentralen Koordinierungsstelle für MINT-Fortbildungen am Pädagogischen Landesinstitut
- sowie die Entwicklung und Durchführung eines materialbegleiteten Fortbildungskonzepts für Grundschullehrkräfte zu naturwissenschaftlichen Themen.

Es ist geplant, die Vorhaben zur MINT-Strategie in die Fortschreibung der Fachkräfte-Strategie für die Jahre 2018 bis 2021 aufzunehmen. Dies wird mit den Partnern des Ovalen Tisches erörtert werden. Die nächsten Arbeitsstände werden im Mai 2018 am dritten Runden Tisch „MINT“ präsentiert. Dann wird auch entschieden, ob es notwendig ist, den Runden Tisch weiterzuführen.

Zu Frage 4:

Die Landesregierung und die ihr nachgeordneten Behörden haben 2017 in über 50 Aktionen rund 430 Mädchen die Gelegenheit gegeben, Berufe kennenzulernen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Dazu gehören Berufsfelder aus den Bereichen Architektur, Bauingenieurwesen, Elektrotechnik, Informations- und Kommunikationstechnik, Vermessung, Versorgungstechnik oder auch der Polizeidienst sowie Frauen in Führungspositionen.

Dr. Stefanie Hubig  
Staatsministerin